



Wissenschaftlerkreis
Grüne Gentechnik e.V.



Offener Brief an den
Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft
Herrn Christian Schmidt
Postfach 14 02 70
53107 Bonn

Kopie an: Bundesministerin für Bildung und Forschung, Frau Prof. Dr. Johanna Wanka

***Anbauverbote treffen auch die Wissenschaft
- Rahmenbedingungen für die Forschung mit gentechnisch veränderten Pflanzen erhalten***

Sehr geehrter Herr Minister,

nicht zuletzt die Ergebnisse vieler Jahre öffentlich geförderter, intensiver Sicherheitsforschung haben gezeigt, dass der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ebenso sicher ist wie der Anbau konventioneller Sorten. Dennoch ist die öffentliche Ablehnung immer größer geworden und die politische Debatte wird einzig in eine Richtung geführt: Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen soll verboten werden.

Es steht außer Zweifel, dass sich ein Anbauverbot nicht nur auf die Landwirtschaft, sondern auch auf die Forschung in Deutschland auswirken wird. Dies steht im Widerspruch zur Zusage der Regierungskoalition in ihrem Beschluss vom 22. Mai 2014, dass die Rahmenbedingungen für eine öffentliche, wirkungsvolle und unabhängige Forschung zu gentechnisch veränderten Organismen in Deutschland weiterhin gewährleistet bleiben sollen.

Wir bitten die Bundesregierung nachdrücklich, entsprechend sichere Bedingungen zu schaffen, die die Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen zu Forschungszwecken verbindlich ermöglichen. Anderenfalls befürchten wir, dass in Deutschland neben der Anwendung auch die Forschung zur Grünen Gentechnik gänzlich unterbunden wird. Und auch damit stünde man im Widerspruch zum erwähnten Regierungsbeschluss, nach dem die Kompetenz für eigene Chancen- und Risikobewertungen erhalten bleiben müsse. So würde gerade diese Chance vertan. Denn Forschung und Entwicklung gehen natürlich weiter, nur eben nicht mehr in Deutschland.

Die hierzulande völlig einseitig geführte Diskussion über ein Anbauverbot führt zur Abwertung einer in der internationalen Forschung selbstverständlich angewandten Technik und diskriminiert alle beteiligten Wissenschaftler.

Wenn man gentechnisch veränderte Pflanzen mit Verweis auf eine ablehnende Mehrheit verbietet, dann muss gleichzeitig deutlich gemacht werden, dass es für ein solches Verbot keine wissenschaftliche Begründung gibt. Wir wenden uns entschieden gegen die Unterstellung mangelnder Unabhängigkeit, die uns Wissenschaftler immer dann trifft, wenn unsere Ergebnisse der Überzeugung einzelner Interessenvertreter widerspricht. Wir erwarten stattdessen von allen Beteiligten, dass sie ihre Überzeugungen auf Basis fortschreitender wissenschaftlicher Erkenntnisse überprüfen und ihre Belange ehrlich deklarieren.

Wir wenden uns entschieden gegen pauschale Anbauverbote gentechnisch veränderter Pflanzen, für die es ebenso keine wissenschaftliche Grundlage gibt. Werden Freisetzungen aufgrund der politisch gesteckten Rahmenbedingungen undurchführbar, so gibt es keine weiteren Möglichkeiten zur Erforschung und Weiterentwicklung einer Technik, die bereits heute mit enormen realen Potenzialen aufwarten kann. Das ist nicht nur ein Verlust für den Wissenschaftsstandort Deutschland, sondern auch ein eklatanter Einschnitt in die Berufs- und Forschungsfreiheit der hier ansässigen Wissenschaftler.

Unser Appell: Bitte treffen Sie Ihre Beschlüsse auf Basis der aktuellen Fakten- und nicht der jeweiligen Stimmungslage im Land. Sprechen sie mit uns Wissenschaftlern und nehmen sie unser Fachwissen in Anspruch.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Bernd Müller-Röber
Präsident
Verband Biologie, Biowissenschaften & Biomedizin in Deutschland e.V. (vbio)
Berlin

Prof. Dr. Klaus-Dieter Jany
Vorsitzender
Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik e.V. (WGG)
Frankfurt am Main

Prof Dr. Karl-Josef Dietz
Präsident
Deutsche Botanische Gesellschaft e.V. (DBG)
Berlin

Prof. Dr. Frank Kempken
Präsident
Deutsche Gesellschaft für Genetik e.V.
Gießen

Prof. Dr. Hans-Jörg Jacobsen
Vorsitzender
Gesellschaft für Pflanzenbiotechnologie e.V. (GfP)
Hannover